Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 68/69. VIII. BAND 25. August 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

Insertionspreis: $^1/_1$ S. 50 M. $^1/_2$ S. 25 M

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

Nr. 68/69. 25. August 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Macht und Recht.

„In der Politik spricht die Macht, in der Politik spricht aber auch das Recht. Nur wenn wir unsere Politik auf diese beiden Pfeiler, Macht und Recht, gründen, werden wir Dauerndes schaffen. Eine Politik, die nur auf Macht begründet ist, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt."

Diese Worte des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen, Herrn Dr. von Kühlmann, bedeuten für uns ein ganzes Programm. Jedes Blatt der Weltgeschichte beweist, dass blosse Macht wurzellos ist, wenn sie im Gemüt und im Gewissen der Völker nicht ihre tiefe Begründung findet. Macht ohne Recht — hatte die neuere Weltgeschichte einen erfolgreicheren Verkünder dieser Idee gehabt, als Napoleon I.? Und was ist aus seinen grossartigen Taten und Machterrungenschaften geblieben? Kein einziger Pfeiler in den Grenzen der Länder, den er eingerammt hat, keine einzige Staatsform, die er in lebendigen Körpern der Völker gebildet hat, hatte dauernden Bestand; aber diejenigen ethischen und Rechtsgefühle, die er aus dem Geiste der Geschichte ausgelöst und fortzupflanzen mitgeholfen hat, besonders die Ideale der Menschenrechte, diese Ideale haben ihn und alle seine Werke überlebt und sind zum Gesamtbesitz des Menschengeschlechts geworden. Macht ohne Recht — wo und wann gab es in den letzten Jahrzehnten eine scheinbar stärkere Verkörperung dieses Prinzipes, als in Russland? Eine ganze Welt hatte sich vor dem Träger dieses Prinzipes gebeugt, eine Millionenarmee von Bürokraten, mehrere Millionen von Bajonetten standen ihm zur Verfügung; und wo ist all'

diese Herrlichkeit? Wo ist dieser Zar, dessen Grossvater den Polen sein „point des revêries“ zugerufen hat? Fort mit den Träumereien! schleuderte der stolze Autokrat den Polen in's Gesicht und als sie dennoch nicht aufhörten, ihre Träumereien fortzusetzen, versuchte er, sie in Blut zu ersticken. Das Resultat ist aber, dass dieser Autokrat selber in einer Blutlache ein trauriges Ende gefunden hat und sein Enkelsohn heute in Sibirien sitzt, wo so viele polnische Märtyrer geschmachtet haben, während die polnische Nation einer besseren Zukunft in einer neuen Staatsform entgegengeht . . .

Macht und Recht — auf diesen Pfeilern wollen wir auch unsere Zukunft und unser Verhältnis zu Deutschland gestützt sehen.

Wir sind in der letzten Zeit von einer wahren Flut von Schmäh- und Drohartikeln überschüttet worden. Sogenannte Machtpolitiker schwingen ihre Feder wie die Indianer ihr Kriegsbeil; dem deutschen Volke, das einen Kant mit seinem kategorischen Imperativ der Pflicht und einen Fichte mit seinem ethischen Rigorismus hervorgebracht hat, legen sie Worte in den Mund, die sowohl dem schlichten Gewissen wie auch der grossen Vergangenheit des deutschen Idealismus gewiss fremd sind. Dazu — sagen diese Anbeter des Bajonetts — hätten wir Polen erobert, um es jetzt aus der Hand zu geben? Sie vergessen aber, dass das deutsche Reich mit Russland und nicht mit Polen den Krieg geführt hat; dass Polen aus eigenem Willen gar keinen Anteil weder an der Anzettelung des Krieges, noch an der Führung desselben gegen Deutschland hat — das Gegenteil ist richtig — und dass die Zeit schon vorüber ist, wo man Millionen Menschen für den Willen eines Herrschers, dazu noch eines fremden und als Feind betrachteten Herrschers, leiden lässt . . .

Nein, solche Fragestellung und die in ihr bereits schon enthaltene Fragebeantwortung kann nie Dauerndes schaffen. Was mit ihr bezweckt wird, spricht mit

aller Deutlichkeit die „Kreuz-Zeitung“ aus, die empfiehlt: „den Gedanken des Aufbaues des polnischen Staatswesens bis auf weiteres aufzugeben, das Gebiet in militärische Verwaltung zu nehmen wie die anderen besetzten Gebiete im Osten auch“. Schön — aber was morgen? Kann man wirklich auf Bajonetten ewig sitzen? Glaubt man wirklich ein Volk von soviel Millionen, mit solcher Vergangenheit und starker nationaler Individualität in der heutigen historischen Phase der Menschheit auf diese Weise mit dem gewünschten Erfolg behandeln zu können? Dieser Weltanschauung stellt sich eine zweite entgegen, die auf Macht u n d Recht beruht.

Was die deutsche Macht bedeutet, wissen wir sehr gut. Hat sie doch die gewissenlose und daher haltlose Macht der Russen aus Polen verjagt und die Bedingungen geschaffen, die wesentlich zur Zertrümmerung des Zarismus geführt haben. Diese deutsche Macht hat in der Programmrede Bethmann Hollwegs das Recht der Nationalitäten anerkannt, und jetzt in der Formel des Herrn Staatssekretärs von Kühlmann einen ethischen Schwung erhalten, aus dem sich sehr wichtige Rechtsgrundsätze herleiten lassen. Und an diese binden wir seit Jahr und Monat unser politisches Programm.

Was wir wollen, ist nichts mehr und nichts weniger, als die Schaffung von Rechtsnormen, die auf dem nationalen Gewissen und Rechtsgefühl sowohl der Polen wie auch der Deutschen und der Lenker Oesterreich-Ungarns gegründet sind. Die bisherigen Normen sind für Polen ohne die Polen entstanden und wundert es da jemanden, dass sie von manchem Manne mit misstrauischem Blick angesehen werden? Wenden wir unseren Blick von der Vergangenheit ab, hat doch noch im letzten Monat Herr Georg Cleinow in den „Grenzboten“ das Polenprogramm folgendermassen formuliert: „Unsere Aufgabe ist, Polen und die Polen entweder zu einem brauchbaren W e r k z e u g für unsere Politik oder aber, wenn solches nicht mehr gelingen sollte, sie unbrauchbar als Werkzeug unserer Gegner zu machen“.

Man bedenke, dass Herr Georg Cleinow längere Zeit ein sehr wesentlicher Faktor der amtlichen Politik in Polen war und Gelegenheit hatte, seinen Namen gewisssermassen in Polen zu einem geschichtlichen Symbol zu erheben. Herr Cleinow war mehr als ein Mann, er war ein System. Und wenn das System besagt, eine ganze Nation soll zu einem Werkzeug werden, so können wir ruhig behaupten, dass dies nicht nur dem polnischen Gewissen und den polnischen Interessen nicht entspricht, sondern auch nicht den deutschen: hat doch uns Kant gelehrt, dass das Wesen der Moral darin beruht, dass einer dem anderen — Ziel aber nicht Werkzeug sein kann. Herr Cleinow gehört zur Vergangenheit; kann aber ruhig behauptet werden, dass sein Geist aus sämtlichen Kategorien der Zivilverwaltung in Polen entschwunden ist? Die „Kölnische Volkszeitung" hat unlängst darüber sehr interessante Schilderungen gebracht. Ueber den Menschen erhebt sich die Idee: programmatisch für uns ist sie im Manifest vom 5. November festgesetzt. Aber auch sie ist bis zum heutigen Tage — körperlos.

Um Schaffung von Rechtsnormen in Polen handelt es sich nun, im Geiste der beiderseitigen Interessen, sowohl der Polen wie auch der Okkupationsmächte. Um Polen, aber nicht ohne Polen. Erst dann werden diese Misshelligkeiten und Schwierigkeiten verschwinden, die in der letzten Zeit soviel böses Blut in Deutschland, noch mehr aber in den Herzen der polnischen Patrioten gemacht haben. Wir behaupten auf Grund genauster Kenntnis von Land und Leuten, dass die Hauptursache dieser tragischen Vorkommnisse im Fehlen von festgesetzten Normen und Verkörperungen des polnischen öffentlichen Lebens liegt. Die Jugend und die linksstehenden Elemente empfinden solche Zustände am stärksten und reagieren in grellster Form — daher Irrungen und Wirrungen, die weit entfernt sind davon, was ihnen von den deutschen Pressorganen zugeschrieben wird. Wir glauben keinen Augenblick daran, dass

hier moskowitische Tendenzen mitgewirkt haben; die Hauptursache aller dieser bedauernswerten Geschehnisse liegt in dem erlahmenden Glauben an die Realisierung der polnischen Staatsidee. Dieser Glauben soll aber durch Taten aufgerichtet werden!

Die Quelle des Rechtes ist das Volk. Wie kann aber das Volk zur Willensäusserung berufen werden, wenn es keine Regierung hat, die den dazu gehörenden technischen Apparat vorbereiten soll?

Zum Verbündeten der Zentralmächte kann Polen nur dann werden, wenn seine Vertreter einen entsprechenden Vertrag unterfertigen und die Exekutive haben, die Wehrmacht zu organisieren. Wie kann das aber geschehen ohne eine nationale Regierung?

Ueberall, wenn wir diesen Gegenstand durchdenken, gelangen wir zur Ueberzeugung, dass es ohne eine polnische Regierung nicht gehen kann und nicht gehen wird.

Dass der polnische Maximalismus vom feindlichen Auslande genährt wird — ist ja kein Wunder. Einen Kenner der menschlichen Seele darf es nicht wundern, dass es in Polen Elemente gibt, die hie und da in — nach unserer Ueberzeugung unerlaubten Quellen — das Wohl des Vaterlandes suchen. Aber nicht mit den Zeitungswauwaus sind sie abzuschrecken und auch nicht mit den Drohungen der „Kreuz-Zeitung". Repressalien machen in Polen wenig Eindruck, wir haben schon eine schlimmere Schule durchgemacht; sie machen dagegen viel Freude den im gegebenen Falle geeinten Seelen der Alldeutschen und der Engländer. Für die Zukunft ist das wenig erspriesslich. „Nur wenn wir unsere Politik auf diese beiden Pfeiler: Macht und Recht gründen, werden wir Dauerndes schaffen. Eine Politik, die nur auf Macht gegründet ist, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt."

Die Uebergabe des Gerichtswesens an den polnischen Staatsrat.

Am 1. September 1917 erfolgt in beiden Okkupationsgebieten die Uebergabe der Justiz an den prov. polnischen Staatsrat.

Der Staatsrat hat hierüber folgende Beschlüsse gefasst:

Provisorische Vorschriften über die Einrichtung des Gerichtswesens im Königreiche Polen.

Beabsichtigt ist die Wiederherstellung der früheren Organisation des polnischen Gerichtswesens aus der Zeit vor dem Jahre 1876. Es werden tätig sein:

Friedensgerichte,
Kreisgerichte,
Berufungsgerichte und ein
Oberster Gerichtshof.

Es wird zwei Berufungsinstanzen geben: die Appellations- und die Kassations-Instanz. Die Berufungen gegen die Entscheidung des Friedensgerichtes gehen an das Kreisgericht, jene gegen Entscheidungen des Kreisgerichtes dagegen, als der ersten Instanz, an das Appellationsgericht. Kassations-Instanz ist der Oberste Gerichtshof.

Ein charakteristisches Merkmal der neuen Gerichtsordnung wird die Teilnahme von Schöffen nicht allein in den Friedensgerichten, sondern auch in den höheren Gerichten sein. Bei den Friedensgerichten werden ein Friedensrichter und zwei Schöffen sowohl in Zivil- als auch in Strafsachen entscheiden.

Bei den Kreisgerichten werden ein Kreisrichter und zwei Schöffen bloss in Strafsachen entscheiden. In Zivilsachen werden drei Kronrichter den Erkenntnisrat bilden.

Die Schöffen werden auch an der Entscheidung von Strafsachen beim Appellationsgericht teilnehmen.

Ein Handelsgericht wird nicht errichtet werden. In Erwägung der Besonderheit der Handelssachen bei den

Kreisgerichten werden, nach Massgabe des Bedürfnisses, Handelssenate gebildet werden, deren Zusammensetzung analog der Zusammensetzung des bestandenen Handelsgerichtes sein wird.

Dem Handelssenate werden, gemäss der früher in Geltung gewesenen Vorschriften, von der Kaufmannschaft gewählte Handelsrichter beigezogen werden. Die übrigen Schöffen werden von autonomen und sozialen Instituten gewählt werden.

Sollte die Wahl der Schöffen bis zum Augenblicke der Uebernahme der Gerichtsbarkeit nicht durchgeführt werden können, so werden sie das erstemal vom Direktor des Justizdepartements zu ihrem Amte berufen werden. Diese Berufung wird indessen nur für einen nicht längeren als sechsmonatigen Zeitraum erfolgen und sofort nach Durchführung der Wahlen durch gewählte Schöffen ersetzt werden.

Die Dislozierung der Gerichte.

Die provisorischen Bestimmungen über die Dislozierung der Gerichte wurden bereits zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Die Bezüge der Beamten.

Die provisorischen Bestimmungen über die Bezüge der Gerichtsbeamten regeln die Bezüge und die Entlohnungen der Beamten in den Grenzen des Budgets des Justizdepartements. Die Bezüge werden aus einem Grundgehalte und einem Teuerungsbeitrag bestehen.

Der Teuerungsbeitrag für die mittleren Beamten wird in Warschau und Łódź grösser als in anderen Städten sein.

Das Gehalt ist nach dem Alter des Beamten abgestuft, der Teuerungsbeitrag dagegen wird von seinen Familienverhältnissen abhängig sein; der verheiratete Beamte wird einen grösseren Beitrag erhalten als der Junggeselle, ein Beamter mit zahlreicher Familie mehr als einer der beispielsweise nur eines oder zwei Kinder hat.

Das Gerichtskosten-Gesetz.

Das Gesetz akzeptiert das System einheitlicher Gebühren im Verhältnisse zu dem Betrage, der in Zivilsachen den Streitgegenstand bildet. Die Hauptgebühr wird 2% vom Werte des Klagegegenstandes betragen; handelt es sich aber um die Vollzugsklausel auf den Akten, dann wird die Gebühr nur 1% betragen. Kommt vor der Erlassung des Urteiles zwischen den Parteien ein Vergleich zustande, so wird ihnen die Hälfte der Gebühren der betreffenden Instanz rückerstattet. Ständige Gebühren in der Höhe von 50 und 20 Mark werden von verschiedenen besonderen gerichtlichen Tätigkeiten und von besonderen Klagen erhoben. Die Gesuchsgebühren, die Kanzleigebühren, sowie Entlohnungen für Sachverständige, Zeugen usw. werden auch fernerhin beibehalten. Arme werden das Armenrecht erlangen können.

In Strafsachen wird der Verurteilte die Kosten des Verfahrens sowie auch die Gerichtsgebühren im Betrage von 10 bis 500 Mark, je nach der bemessenen Strafe, zu tragen haben. Die Gebühren im Konkursverfahren werden 1% von dem an die Gläubiger zur Verteilung gelangenden Betrag betragen. Die fixe Gebühr wird 20 Mark betragen.

Die Uebergangszeit.

Die Uebergangsbestimmungen zur Strafprozessordnung bestimmen die Uebergangsbedingungen von der gegenwärtig zur Anwendung gebrachten Prozessordnung zur russischen Prozessordnung, die mit gewissen Abänderungen in Geltung verbleiben wird. Gleichzeitig beschloss der Staatsrat die Herstellung der Uebersetzung der gemäss den Uebergangsbestimmungen abgeänderten Strafprozessordnung. Die Uebersetzung befindet sich im Drucke und wird in kurzem erscheinen.

Dasselbe kann von den Uebergangsbestimmungen zur Zivilprozessordnung gesagt werden. Es wird die russische, mit durch die Bedürfnisse des Landes hervorgerufenen Abänderungen in Geltung verbleiben.

Zivilklagen in Polen noch vor deutschen Gerichten möglich.

Die Nord. Allg. Ztg meldet: Die Verwaltung der Rechtspflege im Gebiete des Generalgouvernements Warschau ist, wie bereits mitgeteilt wurde, dem polnischen Staatsrate übergeben worden. Damit geht auch die Entscheidung ziviler Rechtsstreitigkeiten grundsätzlich von den bisherigen deutschen anf die Gerichte der polnischen Krone über. Indes sind einige Uebergangsbestimmungen vorgesehen, auf die die deutschen Interessenten besonders hingewiesen seien.

Einmal bestimmt § 3 der Ausführungsveorrdnung betreffend die Neuregelung des Justizwesens im Generalgouvernement Warschau, dass die beim Erscheinen des die genannte Verordnug enthaltenden Verordnungsblattes bei den bisherigen Bezirksgerichten anhängigen Zivilprozesssachen von den deutschen Gerichten erledigt werden sollen, sofern eine Partei innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Verordnung eine Erklärung in diesem Sinne abgibt. Weiter wird in dem gleichen Paragraphen angeordnet, dass die von den bisherigen Bezirksgerichten in erster Instanz entschiedenen Sachen im Berufungsverfahren allgemein und ausschliesslich von deutschen höheren Instanzen bearbeitet werden sollen.

Noch wichtiger ist § 4 der erwähnten Verordnung, der bestimmt:

»Zivilprozesssachen werden, wenn sie bis zum Ablauf von zwei Monaten seit dem Erscheinen des diese Verordnung veröffentlichenden Verordnungsblattes anhängig werden, durch die bisherigen Gerichte und den bisherigen Instanzenweg erledigt, sofern ein Beteiligter innerhalb der oben genannten Frist erklärt. dass die Erledigung der Angelegenheit durch die deutschen Gerichtsbehörden erfolgen soll.«

Wer also bereits geklagt hat oder verklagt ist, kann sich die Entscheidung durch das deutsche Gericht sichern, indem er bis etwa Mitte September eine entsprechende Erklärung abgibt Wer noch klagen will, kann seine Sache bis spätestens etwa Mitte Oktober vor ein deutsches Gericht

bringen. Die erstinstanzliche Entscheidung durch ein deutsches Gericht zieht die auschliessliche Zuständigkeit der deutschen Berufungsinstanzen nach sich.

Polen und die Türkei.

Konstantinopel, Anfang August 1917.

Die lichten Ausblicke, die sich der modernen Türkei eröffnen, sollten auch Polen mit grösserer Zuversicht erfüllen, denn in der kleinen Schar aufrichtiger, uneigennützigter Freunde Polens, sind die Türken sicherlich diejenigen, die zu wiederholten Malen die Feuerprobe der Freundschaft bestanden haben.

Der Polonophilismus, der vor dem Krieg ausschliesslich in den türkischen politischen Kreisen herrschte, hat nach und nach an Ausdehnung gewonnen, bis er zu einem allgemeinen geworden ist. Dazu haben mehrere Ursachen beigetragen. Wie allbekannt, ist doch die Türkei jener Staat gewesen, der zu Ende des 18. Jahrhunderts am klarsten der sich aus der Teilung Polens ergebenden Gefahr bewusst war und wusste, dass nach der Unterjochung Polens die Eroberungssucht Russlands sich gegen das Osmanenreich wenden wird. Aus diesem Grunde hat die Türkei alle polnischen Versuche zur Verdrängung der Russen unterstützt u. z. schon seit der Konföderation zu Bar; sie hatte in Verteidigung Polens der mächtigen Katharina II den Krieg erklärt, ferner hat sie niemals die Teilungen Polens anerkannt, infolgedessen unterhält sie bis zum heutigen Tage keine Konsulate in den polnischen Gebieten, da die Konsulate doch bei den Teilungsmächten beglaubigt werden müssten.

Diese Gemeinsamkeit der Interessen und beiderseitiger Sympathien bewährt sich bis auf den heutigen Tag. Die Türkei hat den Polen durch das ganze 19 Jahrhundert stets ihr Mitgefühl und Wohlwollen bezeugt;

andererseits haben die Polen während des Krimkrieges und im Jahre 1877 an der Seite der Türken gekämpft. Die Namen eines Michael Czajkowski (Sadik-Pascha), Adam Mickiewicz's oder Generals Bem's, der im Jahre 1848 Führer des ungarischen Aufstandes war und nachher in der Türkei Zuflucht fand, erfreuen sich bei den Türken der grössten Popularität.

Einen positiven Exponent des heute in der Türkei allgemeinen Polonophilismus bilden wohl in erster Linie die Verordnungen Enver-Paschas, nach denen den polnischen und den muselmännischen Kriegsgefangenen dieselbe Behandlung zuteil wird. Den polnischen Kriegsgefangenen wurden die weitgehendsten Erleichterungen zugestanden, ferner erklärte sich die türkische Regierung bereit, alle polnischen Kriegsgefangenen zu befreien, die sich den Legionen anzuschliessen wünschten.

Die Berufung auf polnische Nationalität wird in verschiedenen administrativen Angelegenheiten im Bereich der Möglichkeit stets zum Vorteil der Polen berücksichtigt. Selbst im Auslande fällt es auf, dass durch Berufung auf das Polentum sich bedeutend mehr erreichen lässt, als durch Fürsprache einflussreicher Persönlichkeiten, oder durch andere hochwichtige Faktoren.

Zur Charakteristik des türkischen Polonophilismus sei noch hinzugefügt, dass neben ernsten Realpolitikern, die dies polnische Problem als ein solches behandeln, das mit der türkischen Frage wichtige Berührungspunkte aufweist, es noch weite Kreise gibt, die für die polnische Nation gewissermassen instinktive Sympathien hegen. Ueberhaupt sind die Türken ziemlich genau über die polnischen Verhältnisse informiert und niemals würde man aus dem Munde eines intelligenten Türken über die polnische Frage solche Absurditäten zu hören bekommen, wie dies nur zu oft in Gesprächen mit gebildeten Engländern oder Franzosen der Fall ist.

Trotzdem lässt es sich nicht leugnen, dass die türkischen Meinungen über Polen leider zu optimistisch

sind. So sind sie z. B. überzeugt, dass der Staatsrat eine wirkliche nationale Regierung ist, daher alle Polen bereitwilligst dieser höchsten politischen Behörde gehorchen.

Mit grösstem Interesse werden natürlich die Vorgänge im Königreich Polen verfolgt, während über Galizien ziemlich verschwommene Vorstellungen herrschen.

Vielfach wird jetzt das Bedürfnis einer polnisch-türkischen Annäherung empfunden und erörtert, weshalb wir im eigenen wohlverstandenen Interesse diese Strömung methodisch und mit Sachkenntnis leiten sollten. Es genügt anzuführen, dass unseren Gegnern, z. B. den Ukrainern, an der türkischen öffentlichen Meinung höchst gelegen ist, aus welchem Grunde sie in Konstantinopel ihre ständigen Vertreter haben.

Ein engeres Verhältnis zu den Türken ist für uns umso wünschenswerter, als für dasselbe bereits eine natürliche Grundlage besteht. Von unseren bulgarischen und ungarischen Verbündeten, deren polnische Sympathien vielfach erprobt wurden, wird nämlich die polnisch-türkische Annäherung auf's beste gefördert.

Es lässt sich schwer vorausbestimmen, wie sich nach dem Kriege unser Verhältnis zu dem türkischen Volke gestalten wird, da dies nicht nur von dem Ausgang des Krieges, sondern auch von unserer Haltung abhängen wird. Muss doch die Türkei, als selbständiger mit allen Machtbefugnissen ausgestatteter Staat von polnischer Seite die ersten Schritte eines Entgegenkommens erwarten.

An Möglichkeiten einer Annäherung wird es sicherlich nicht fehlen, obzwar sie sich im Bereich der Politik erst nach dem Kriege bieten können Hingegen gibt es schon jetzt auf dem Gebiet des Handels und der Industrie eine ganze Reihe konkreter Berührungspunkte, die man im gegenseitigen Interesse erfassen und ausnutzen sollte. Jedenfalls wird unser Kapital in der Türkei mit grösserer Sympathie begrüsst werden, als das französische, englische oder irgend eines.

Ausserdem wird der Pole auf jedem Betätigungsfeld auf türkischen Beistand rechnen können, der umso höher anzuschlagen ist, als seine Quelle einem aufrichtigen, freundschaftlichen Wohlwollen entspringen wird.

Midhat.

Neue Literatur über Litauen. II.

Wir hatten unter diesem Titel in den „Polnischen Blättern" vom 20. Mai d. J. deutsche Publikationen über litauische Verhältnisse behandelt; wir setzen unsere Darstellung fort und beziehen jetzt auch französische ein — wir übergehen nur die englischen, z. B. „A Sketch of the Lithuanian Nation" oder „Lithuania and the Autonomy of Poland" u. a., weil diese aus dem Französischen übersetzt sind.

Wir tragen zuerst zwei allgemein orientierende Aufsätze nach: Erich Zechlin, Litauen und seine Probleme (Internationale Monatsschrift, Dezember 1915), bespricht weniger die Vergangenheit als die Gegenwart und gibt, bis auf einige Schnitzer, ein zutreffendes Bild; sein Aufsatz ist jedenfalls vorzuziehen der ungleich ausführlicheren Schrift von Dr. Gaigalat, Die litauisch-baltische Frage, Berlin 1915, Verlag der Grenzboten, die von Fehlern wimmelt; der Verf. kennt Litauens Vergangenheit nur aus einem Konversationslexikon und jeder einzelne Satz, den er darüber schreibt, schreit nur nach Berichtigungen; ein einziges Beispiel genüge zur Charakteristik des Ganzen. S. 11 „bald wurde in fast allen Kirchen Litauens litauisch-evangelischer Gottesdienst gehalten, in Kiedainy wurde von Radziwil eine Druckerei errichtet, die eine Menge litauisch reformierte Bücher herausgab; da riefen die Katholiken die Jesuiten ins Land" usw. Aber die „Menge der Bücher" ist auf die Finger einer Hand zu reduzieren und die Jesuiten waren 80 Jahre früher da, ehe Kiedainy zu drucken begann usw. Interessanter sind seine Angaben

über moderne Verhältnisse: wir unterstreichen die bestimmte Behauptung, dass die preussischen Litauer den jenseits der Reichsgrenze wohnenden „einander fast fremd sind, dass deren Schriftsprache unseren Litauern nur sehr schwer verständlich ist“ (S. 23), dass „etwaige Bestrebungen, Annäherung oder besondere Sympathien zwischen den beiderseitigen Litauern zu wecken, nicht zu erwarten oder als völlig aussichtslos anzusehen sind“, und damit kehrt sich der preussische Litauer Gaigalat ganz entschieden gegen die übrigen Litauer, die eine Vereinigung des gesammten Litauertums, namentlich eben des preussischen, im Namen des Nationalitätenprinzips gebieterisch verlangen, was Herrn Gaigalat wohl bekannt ist, was er aber absichtlich verschweigt. Dafür behauptet er frischweg S. 24, dass ein litauisch-lettisches Staatswesen „ein Bollwerk gegen den unersättlichen Panslavismus bilden würde. So führt ein gleiches Interesse die Deutschen, Litauer und Letten naturgemäss zusammen.“ Dass gerade Litauer und Letten darüber ganz anders denken, dass sie zu jedem Bunde gegen Deutsche bereit sind, davon schweigt des Sängers Höflichkeit; dafür tischt er uns das Märchen auf (S. 22 Anm.), dass aus den 2 Millionen Litauer drei Millionen werden, „wenn man nämlich die Litauer der dem eigentlichen Litauen benachbarten Gouvernements, die nach einer Umwälzung der politischen Verhältnisse zur Sprache ihrer Väter zurückkehren dürften, mitzählt“ — das tun alle Litwomanen mit Herrn Gaigalat zusammen, nur machen sie dabei die Rechnung ohne den Wirt, denn es träumt nichts davon den „bereits stark polonisierten, russifizierten Litauern“ (lies dafür: Polen und Weissrussen), die jedes Litauertum dankend ablehnen.

Erfreulicher sind zwei andere Schriften, die sich auf das allermodernste beziehen: „Neuland, eine Fahrt durch Ob. Ost von Arthur Feiler“, im Verlag der Frankfurter Zeitung 1917, und „Auf den Spuren Hindenburgscher Verwaltung, Erlebnisse und Ergebnisse einer Studienfahrt in Ob. Ost, von Karl Strecker“, Berlin

1917, Schwetschke. Beide Schriften sind Niederschlag einer im November 1916 unternommenen Besichtigungsreise und geben die Eindrücke wieder, die deutsche Organisationskunst, Energie, Weitblick hervorrufen müssen. Auch neutrale Stimmen, z. B. von Schweden, können nicht genug die Wunder rühmen, die deutsche Kraft und Fleiss in den Gebieten russischer Misswirtschaft in der kürzesten Zeit hervorgezaubert haben. Beide Schriften berühren sich aufs engste und sind im Feuilletonstil gehalten, lesen sich mit grossem Vergnügen.

In der Schweiz wurde die Monatsschrift „Litauen" (Kommissionsverlag von F. Wyss, Bern, Druckerei Fragnière in Freiburg i. d. S.) herausgegeben, vom Mai 1916 ab. Sie enthält Beiträge von Gaigalat, „Eine russische Autonomie für Litauen"; von E. Zechlin, „Die Grundbesitzverteilung in Litauen" (sehr eingehend); eine weitausgesponnene, unvollendete Quellenstudie über „Die Glaubensspaltung in Litauen im 16. Jahrhundert", sonst meist nur Abdrucke von Korrespondenzen des „Berliner Tageblattes" vom Kriegsschauplatz im Osten oder aus russischen Zeitungen über die Not der litauischen Flüchtlinge und Ausgesiedelten in Russland. Hier zählen schon bei Herrn Gaigalat die Litauer „kaum mehr als drei Millionen" (vor ein paar Monaten zählte er noch zwei, Präsident Wilson vier Millionen, — die Zahlen springen nach Belieben!) und „hassen geradezu die Russen" und „gerieten in Freudentaumel, als die deutschen Befreier kamen" (teilt er aus einem Brief mit) — was davon zu halten ist, darüber siehe gleich unten.

Wir nennen noch ein Kartenwerk, aber eher nur, um davor zu warnen: „Völkerverteilung in Westrussland", 2. Aufl., Verlag Friederichsen, Hamburg 1917. Das 1917 neu erschienene Werk will weiteren Kreisen eine zuverlässige und genaue Anschauung der ethnographischen Verhältnisse Westrusslands verschaffen und bedient sich zu diesem Zwecke ausgerechnet der — russischen Statistik von 1897, die gerade durch ihre Unzuverlässigkeit auf westrussischem Boden im wohl-

begründeten, dafür schlechtesten Ruf steht. Das Kartenwerk ist somit im Gegenteil nur dazu da, um falsche Vorstellungen zu erwecken und zu nähren. Warum sind nicht die Angaben der offiziellen deutschen Statistik, die von der russischen von 1897 mit Recht stark abweicht, zu Grunde gelegt worden? Nach der russischen Zählung von 1897 gab es in Wilno 32% Polen, nach der deutschen von 1917 53% (der Rest sind Juden; Litauer und Weissrussen zusammen zählen nur 3%!) und in den anstossenden Kreisen von Wilno, Troki, Lida, Grodno, steigert sich nach den deutschen Angaben, die die „Polnischen Blätter" seinerzeit abdruckten, das polnische Prozent noch stärker, von 12%, 21% auf 54%, Grodno hat 61% Polen. Wir können garnicht verstehen, warum ein deutsches Kartenwerk auf den falschen und alten russischen Angaben statt auf gute und neue deutsche Angaben aufgebaut werden musste, warum es nicht einmal neuere russische, etwas verlässlichere Angaben berücksichtigte?

Wir gehen zu französischen Publikationen über, doch wäre es ganz überflüssig, alle einschlägigen zu nennen; aus einigen Proben erfahren wir zu genüge, wes Geistes Kind sie alle sind. Die Proben entnehmen wir einmal der Monatsschrift „Pro Lithuania (so mit dem deutschen, heute in Deutschland selbst aufgegebenen th statt t!) Bulletin mensuel du bureau d'informations (lies dafür de mystifications) de Lithuanie", die jetzt im dritten Jahrgang erscheint; sie wurde zuerst in Paris herausgegeben, hat sich aber der Zensurschwierigkeiten wegen nach Lausanne verlegt. Dann dem Buche von Dr. Antoine Viscont (Pseudonym), „La Lituanie et la guerre", Atar, Genève 1917. Die Monatsschrift bringt wieder, wie „Litauen", vielfach nur Abdruck deutscher und russischer Zeitungsberichte und aller litauischen Proklamationen in Europa und Amerika, ausserdem einzelne eigene Artikel. Das Buch von Viscont spricht eingehend über litauische Vergangenheit (Geschichte) und Gegenwart, druckt in einem Anhang (S. 161—201)

auf Litauen bezügliche Urkunden von 1905—1916. Da beides, Zeitschrift und Buch, aus derselben Fabrik stammen, behandeln wir sie zusammen. Wir greifen aus der Vergangenheit wie aus der Gegenwart je ein Problem heraus und bemerken nur im voraus, dass die französischen Publikationen der Litwomanen Gabrys usw. von denen der deutschen Litwomanen Werbelys usw. sich nur durch zweierlei Unwesentliches unterscheiden: dem französischen Publikum wird das unsinnigste Zeug anstandslos vorgelegt, das Bureau rechnet eben mit grösster Zuversicht auf die völlige Unvertrautheit der Franzosen mit östlichen Ländern und Völkern und tischt ihnen in aller Ruhe die albernsten Märchen auf; zweitens, um bei den Franzosen sicher zu gehen und ihren schlimmsten Instinkten zu schmeicheln, spannt es tollsten Deutschenhass vor seinen Wagen, leistet hierin wiederum Unglaubliches.

Die französischen Litwomanen erfanden dreierlei Weltmission für Litauen. Erstens hat es Europas Kultur vor den Mongolen-Tataren beschützt. Zweitens hat es die Slavenwelt vor dem Germanismus beschützt. Drittens hat es Europa vor der Russengefahr beschützt. Die Sache wäre an sich schon komisch, einem winzigen Völkchen, das im 14. und 15 Jahrhundert nur einige Hunderttausende Menschen zählte und sich erst im 19. Jahrhundert zu zwei Millionen auswuchs, solche ausserordentliche Lasten und Aufgaben aufzubürden; aber in der Wirklichkeit fand nur gerade das Entgegengesetzte statt. Die Litauer haben mit den Tataren gemeinsame Sache gemacht (am Tage jener Schlacht, die den Russen zum ersten Male einen entscheidenden Sieg über die Tataren brachte, waren die Litauer die Bundesgenossen der Tataren!) und als sie sich zu einem Kampf mit ihnen endlich bequemten, erfuhren sie vollständige Vernichtung und alle ihre ehrgeizigen Pläne wurden damit für immer begraben. Die Slaven haben sie vor Grunwald 1410 (und sie bildeten sich darauf etwas ein) so geschützt, dass sie alle, bis auf ihren

Fürsten, schmählich bis in ihre Heimat beim ersten Anprall flohen, und dort die (falsche) Kunde von der Niederlage verbreiteten; diese schmähliche Flucht haben die Polen, die allein die Sieger des Tages waren, noch nach anderthalb Jahrhunderten den Litauern im Reichstag vorgeworfen. Wie endlich die Litauer Europa vor dem Russentum bewahrten, bewiesen sie am besten damit, dass sie alle nur russische Kultur (Sprache, Schrift, Sitten) annahmen, die sie erst seit dem 16. Jahrhundert durch die polnische ablösten. Und zudem stellte sich in den Dienst dieser Weltmissionen nicht etwa das arme und kleine litauische Bauernvolk (ohne Adels- und Bürgerstand), sondern der grosse litauische Russenstaat — zwei grundverschiedene Dinge, die die Litwomanen stets und absichtlich verwechseln, weil mit dem litauischen Völkchen und Ländchen (im eigentlichen, ethnographischen Sinne) allein nichts anzufangen wäre. Und in diesem ausserordentlichen Uebergewicht des russischen Elementes im litauischen Staat nach Zahl und Kultur lag von vornherein der Todeskeim dieses Staates, da eben diese Russen jeden Augenblick zu ihren Glaubens- und Sprachgenossen, den russischen Moskauern, abzufallen bereit waren (aus Furcht vor diesem Abfall hat sich auch Jagiełło bei jener Tatarenschlacht von 1380 absichtlich verspätet!) und aus der Erkenntnis dieser Ohnmacht heraus suchte und fand Jagiełło den Anschluss an Polen, den sich Herr Viscont absolut nicht zu erklären vermag (une incompréhensible générosité de Jagello, S. 64 oder S. 36: les causes historiques ainsi que les raisons psychologiques . . . ne sont pas encore bien établies!), erflehten noch im 16. Jahrhundert die für ihre Autonomie besorgten litauischen Grossen Polens Hilfe. Was die Herren den Franzosen von alter litauischer Kultur vormachen, für diese Münchhausiaden genüge ein Pröbchen auf S. 20, wonach polnische Chronisten den Litauern das Zeugnis ausstellen sollen, sie wären „excellents agriculteurs qui produisent plus qu' il ne faut pour leurs propres besoins“ — dabei war Litauen

so unendlich arm und kulturlos, so ohne Vieh und Ackerbau, dass dies zu allgemeinem Gespött diente. Herr Viscont hat auch eine Karte Litauens unter Grossfürst Vitowt (dem von den Tataren bis zur Vernichtung geschlagenen) gezeichnet, die Litauen als eine Vormacht im Osten zwischen Ostsee und Schwarzes Meer darstellt, leider aber etwa um die Hälfte zu reduzieren ist — nur ein Phantasiebild, ebenso wie die ganz willkürlich erfundenen Bilder alter litauischer Fürsten. Was dabei, d. i. der Darstellung der Vergangenheit, totgeschwiegen oder hinzugedichtet wird, übersteigt alles Mass der Geduld und als ich empört über diesen Schwindel einen Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ unter d. T.: „Die Wahrheit über Litauen“ schrieb, den ganz vergebens auch Herr Gaigalat in der „Rheinisch-Westphälischen Zeitung“ zu widerlegen versuchte, weil er auch nicht ein stichhaltiges Argument gegen die von mir vertretene Wahrheit aufzutreiben vermochte, hat in „Pro Lithuania“ ein „Lituanus“ in einem ausführlichen Artikel, La verité polonaise sur les Lithuaniens, beantwortet, der mit den Worten beginnt: „Avant de commencer à réfuter toutes les insinuations, pour ne pas dire les mensonges du professeur A. Brückner“ („Lituanus“ hält mich für seinesgleichen in puncto Wahrheitsliebe) und erwähnt sogar mein vor Jahren, vor jeglichen Umwälzungen geschriebenes objektivstes Geschichtswerk „ouvrage colomniateur“, gerade als ob es von einem Litwomanen verfasst wäre!

Doch genug von der Vergangenheit, wenden wir uns der Gegenwart zu. Ihr gehört eine zweite Karte, die Viscont's Buch hinzugefügt den ethnographischen Besitzstand der Litauer nach der russischen (vielfach gefälschten) Zählung von 1897 darstellt; zu den russischen kommen hier noch die litauischen Fälschungen hinzu. Will der Leser die Karte richtig brauchen, so muss er die Farbenskalen einfach verschieben, die blassrosa (10%—2% Litauer) rein weiss lassen d. h. in dem blassrosa Streifen gibt es so gut wie gar keine Litauer;

für den nächst höheren (30%—10% Litauer) muss er eben den niedrigeren (10%—2%) einsetzen usw., dabei nicht vergessen, dass Wilno, Troki usw., alle Städte mit einem Worte, auch in den dichtesten litauischen Gebieten, abgesehen von den Juden, die ja keine Litauer sind, mehr oder minder starke Prozente Polen aufweisen, was alles natürlich totgeschwiegen wird. Die ganze Darstellung ist auf den Doppelsinn des Wortes „lituanien“ aufgebaut; man spricht von einer „nobilité lituanienne“ z. B. und der französische Leser ahnt natürlich nicht, dass es keinerlei nobilité lituanienne gegeben hat, dass diese nobilité entweder polnisch oder polonisiert war, die sich nie um die Sprache ihrer Bauern kümmerte, sie ja meist gar nicht verstand, dass erst im 19. Jahrhundert einzelne ihrer Vertreter, dem romantischnationalen Zug der Neuzeit folgend, zum Bauern und seiner Sprache wieder herabgestiegen sind: wie weit dieser Prozess reichen wird, dem ein ähnlicher unter Kleinrussen am Dniepr langsam einsetzt (hier greifen die konfessionellen Unterschiede stark ein, die in Litauen wegfallen), wissen wir heute noch nicht.

Dass das litauische Mystificationsbureau die Zahlen der Litauer riesig aufschwellen lässt, in Preussen z. B. von 120000 auf 500000, in der ganzen Welt (mit den Letten zusammen) auf weit über 7 Millionen (während ohne die Million Letten die Litauer in Europa 2 Millionen zählen und in Amerika einige Hunderttausende, die aber äusserst gefährdet sind, weil schon die Kinder das energische, kurze, reiche Englisch dem langatmigen, umständlichen, armen Litauisch entschieden vorziehen), ist selbstverständlich. Aber eine neue Erfindung des Herrn Viscont verdient festgenagelt zu werden; er hat eine neue Sprachkategorie sich patentieren lassen, die vor ihm niemand anderer gekannt hat. S. 125 behauptet er nämlich und wiederholt es auf S. 131, dass „das Idiom, dessen sich das niedere Volk des litauischen Rutheniens bedient, wohl unterschieden ist von der weissrussischen Sprache; es stellt dar eine Mischung

von litauischen, polnischen und weissrussischen Worten, modifiziert im Sinne des weissrussischen“, dieses Volk ist nicht slavisch, nur slavisiert. Ich möchte auf diese Erfindung den geehrten Herausgeber des weissrussischen Blattes in Wilno, des Homan, aufmerksam machen, ob er in seinem Weissrussisch von Wilnos Umgebung etwas je von litauischen Wörtern gehört hat; es fällt gerade ausserordentlich auf, dass trotz des jahrhundertelangen Durcheinandersitzens von Litauern und Weissrussen die Litauer in ihre eigene Sprache Tausende Russismen aufgenommen haben, die Weissrussen dagegen so gut wie gar keine Lituanismen, dass es im Weissrussischen fast nur soviel Lituanismen gibt, wie Polonismen im Deutschen! Heute haben ja die Litwomanen diesen zahllosen und unendlich wichtigen Russismen oder Slavismen im Litauischen (ich habe darüber 1877 ein ganzes Buch geschrieben) den Krieg erklärt und ersetzen sie mit Gewalt durch willkürlich geprägte Neologismen, aber das Volk (und die preussischen Litauer) bleiben bei ihren alten Slavismen, ziehen sie den unverständlichen Neologismen vor.

Ich denke, diese Proben von der Wahrheitsliebe und Gewissenhaftigkeit der schweizerischen Litwomanen mögen genügen. Zum Schluss eine Bemerkung über ihre politische Orientierung, die von den Litauern in Russland geteilt wird und die Aufmerksamkeit deutscher Publizisten herausfordert. Es traten nämlich öfters diese mit der Behauptung hervor, die dortigen Litauer wären leicht zu germanisieren, schon in einer Generation könnte man sie auf die Stufe der preussischen Litauer bringen, die ja im wesentlichen (beachte schon den Zusammenfall der protestantischen Konfession) deutsch sind, obwohl sie noch litauisch reden. Gegen diese optimistische Anschauung sprechen nun die Tatsachen. Wir ahnen ja noch vorläufig gar nicht, wie sich das politische Schicksal der Litauer nach dem Kriege entscheiden wird, und versuchen es daher gar nicht, die Schleier der nahen Zukunft zu heben, aber

über das nationale Schicksal der Litauer sind wir uns wohl ebenso im klaren; der Gegensatz zwischen den katholischen Litauern (was sie sogar den protestantischen Letten entfremdet) und den deutschen ist unüberbrückbar und es dürften Jahrhunderte vergehen, ehe es gelingen würde, diese Gegensätze zu beseitigen. Als der Krieg ausbrach, wurde in Polen russophile Stimmung durch die hochtrabenden Erklärungen des langen Grossfürsten geweckt; die Litauer, die man bis dahin meist nur verfolgt hatte, denen daher die Russen nach Herrn Gaigalat's Meinung so furchtbar verhasst waren, haben, ohne dass ihnen die Russen das Geringste versprochen hätten, freiwillig sofort eine Ergebenheitsadresse an die Russen gerichtet, die alles übersteigt, was an Deutschenhass zu leisten war. Herr Viscont bringt sie unter d. T.: „Déclaration de représentants d'organisations et de la presse lituaniennes, votée le 4 août 1914 à Vilna et présentée ensuite au généralissime . . au président du Conseil des ministres et au président de la Douma" S. 175 f., für diejenigen, die vom litauischen Russenhass Wasser auf ihre Mühlen erhofften, seien nur ein paar Brocken gewählt: voici de nouveau (d. i. seit 1410) unis les héros lituaniens et les héros slaves pour combattre l'héritage teuton, le germanisme tout dévorant; nous sommes convaincus encore que nos frères de sang d'au delà de la frontière seront soustraits au joug germanique; la mission de la Russie, c'est d'être libératrice des peuples — wie Russland seine historische Mission der Völkerbefreiung in Ostpreussen ausgeführt hat, auf litauischem Boden, davon weiss ja Ostpreussens Zerstörung und bestialische Verwüstung genug zu erzählen. Und ein paar Tage nach dieser Erklärung legte der Abgeordnete Iczas, den Herr Gaigalat auch zu nennen weiss, „im Namen der Litauer ohne Unterschied der Parteien" eine gleichlautende Erklärung vor der Duma nieder (abgedruckt von Viscont S. 177 f.); er erklärte, que les destinées de notre peuple furent toujours liées aux destinées du slavisme; nous

(d. h. die vor Grunwald feige geflohenen Litauer) brisâmes l'Ordre teutonique qui aujourd'hui relève la tête . . le peuple lituanien marche à cette guerre comme à une guerre sainte, espérant que les Lituaniens déchirés en deux parties seront réunis sous le drapeau russe commun. Nun gewiss, seit dieser freiwillig überschwenglichen Ergebenheitsadresse ist viel Wasser den Niemen heruntergeflossen und darin le drapeau russe commun für immer ertränkt; nichtsdestoweniger verdient diese Manifestation echtlitauischer Gesinnung auch heute noch Beachtung gegenüber anderweitigen Behauptungen.

Aber der Grundton und Hauptinhalt aller dieser Artikel in deutscher und litauischer, französischer und englischer Sprache bleiben Anklagen und Verdächtigungen der Polen, auf die alle Verantwortung für alle Misserfolge der Litauer abgewälzt wird. Wird einmal das Bauernvölkchen (damit ist kein abfälliges Urteil, nur das einfache Faktum ausgedrückt) seine Geschichte nicht von alten Klatschbasen, sondern aus vernünftigen Büchern lernen, so wird es schon einsehen, dass es gerade durch die Polen allein und den nur in ihrem Gefolge einziehenden Katholizismus bewahrt wurde von der Auflösung im russischen Element (der die Letten ungleich weniger ausgesetzt waren), im Element, in dem Litauens höhere Schichten bereits sich auflösten. Diese russifizierten Schichten sind dann bei der völligen Kulturlosigkeit ihres Litauervölkchens polnisch geworden; aus demselben Grunde fand sich eben kein Sohn Litauens, der für die kulturelle Hebung seines Völkchens gesorgt hätte — die Polen sind daran ganz unschuldig. So blieb es bis in das 19. Jahrhundert hinein, wo eine Neugeburt (nicht etwa Wiedergeburt!) des litauischen Völkchens langsam einsetzte, nicht gestört durch die Polen, wohl aber durch die Russen (nach Kräften). Für einzelne Auslassungen bösen Willens oder Neids ist die polnische Allgemeinheit nicht verantwortlich zu machen, der das Erwachen des Völkchens sympathisch sein

muss schon darum, weil sie hie und da selbst in ähnlicher Lage sich befindet, den Nationalisierungsprozess der Litauer daher mit scheelen Augen nicht betrachten darf, mag ihr auch damit naturnotwendig ein gewisser Abbruch ihrer Bedeutung, ein Abbau ihres alten Einflusses drohen. Sie kann nur verlangen, dass die litauischen Bauern (aus deren Mitte sich langsam erst eine dünne Schicht litauischer Intelligenz, ohne Traditionen, daher ohne Haltung noch, auslöst) mit ihren nationalen Forderungen in vernünftigen und gerechten Grenzen bleiben. Dazu gehört nun am allerwenigsten, wenn die Litauer z. B. Wilno für sich reklamieren, an dem nur der Name litauisch ist, in dem über dreissigmal soviel Polen und Juden seit Jahrhunderten sitzen als Litauer und Weissrussen zusammen, dessen ganze Geschichte seit dem 16. Jahrhundert ausschliesslich polnisch ist, in dessen ganzer ländlichen Umgebung meilenweit keine Litauer zu finden sind. Kowno, im Herzen des litauischen Elementes gelegen, kann dieses wohl für sich beanspruchen, dort z. B. eine Universität (zu der heute noch alle Vorbedingungen fehlen) sich mit der Zeit errichten. Litauer und Polen, heute hauptsächlich aus litauischer Schuld feindliche Brüder, hätten allen Grund, das Kriegsbeil zu begraben; auch sie sollten die heute allgemein erklingende Forderung, Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, dafür mit dem Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen, voll beherzigen und dementsprechend handeln. Von polnischer Seite, abgesehen von einzelnen Fanatikern, ist dazu jede Bereitwilligkeit vorhanden; wir vermissen sie auf der litauischen. A. Brückner.

Zu dem Thema: Ueber die Zukunft des polnischen Deutschtums.

In der Zeitschrift „Der Osten“ (Heft 25/26 vom **30. Juni d. J.) hat** Herr Friedrich Flierl aus Łódź auf

meinen Aufsatz „Ueber die Zukunft des polnischen Deutschtums" („Polnische Blätter", Heft 61 vom 1. Juni d. J.), von seinem alldeutschen Standpunkte aus, zu erwidern versucht. Nicht, um mit Herrn Flierl zu polemisieren, sondern von dem Bestreben geleitet, der reichsdeutschen Oeffentlichkeit über die Stimmungen und Aussichten der polnischen Deutschen Aufklärung zu geben, will ich in den nachstehenden Ausführungen meinen früheren Aufsatz ergänzen, indem ich die Einwendungen des Herrn Flierl der Reihe nach bespreche.

Herr Flierl hat der alldeutschen Dialektik manches abgesehen, denn er verlegt sich nach ihrem Vorbild gerne auf Behauptungen ohne Beweise. Er dekretiert: „. . . . dass von der preussischen Regierung um die Jahrhundertwende tatsächlich sehr viele deutsche Einwanderer nach Polen gebracht und zahlreiche deutsche Dörfer angelegt worden sind". Da ich gesagt habe, dass zur preussischen Zeit, in den Jahren 1795 bis 1805, eine sehr kleine Zahl deutscher Einwanderer nach Polen verpflanzt worden ist, so wäre doch wohl zu erwarten gewesen, dass Herr Flierl seine gegenteilige Behauptung in irgend einer Weise zu stützen oder zu beweisen versuchen würde. Aber er hat allen Grund, keine Zahlenangaben zu bringen, vielleicht hat er auch nur von den damaligen Ereignissen ganz unbestimmte Vorstellungen. Wie viel deutsche Einwanderer sind also von der damaligen preussischen Regierung nach Polen gebracht worden? Nach allem Material, das ich darüber ermitteln konnte, waren es keine 200 Familien, die autonome polnische Regierung hat aber von 1815 bis 1830 über 10000 Familien, fast nur aus Deutschland, in Polen angesiedelt, nach manchen Berichten sogar noch mehr. Es ist also vollkommen gerechtfertigt, wenn ich gesagt habe, dass zur preussischen Zeit *eine sehr kleine* Zahl von Deutschen nach Polen verpflanzt worden ist. Tatsächlich ist die preussische Kolonisation in Polen also so gering gewesen, dass sie neben dem Kolonisationswerk der polnischen Regierung kaum er-

wähnenswert ist. Die alldeutschen Demagogen tun aber so, als ob alle polnischen Deutschen von der ehemaligen preussischen Regierung angesiedelt worden seien und wollen dann hieraus folgern, dass das heutige Deutschland die Pflicht habe, um dieser deutschen Ansiedler wegen Polen zu annektieren oder zu einer Scheinselbständigkeit herabzudrücken.

Ich habe erwähnt, dass die in den Jahren 1815–1830 eingewanderten deutschen Fabrikanten und Handwerker von der polnischen Regierung eine sehr grosse Zahl wesentlicher Vergünstigungen erhalten haben, und dass die letztere tatsächlich keine Kosten und keine Mühe gescheut hat, um die deutschen Einwanderer sesshaft zu machen. Es ist eine einfache Pflicht der natürlichen Dankbarkeit, hieran zu erinnern und nicht zu vergessen, dass alle diese Umstände die Grundlage unseres heutigen Wohlstandes und Ansehens im Landes bilden. Den alldeutschen Demagogen ist diese Tatsache ein Dorn im Auge und sie verlangen von uns nichts anderes, als dass wir zu Lumpen werden und die uns von der früheren polnischen Regierung erwiesenen Wohltaten abstreiten oder abschwächen sollen.

Herr Flierl meint, dass die Geschichte fast jeder den Staaten erwünschten Kolonisation die gleichen Züge trägt, und dass man im damaligen Polen die Deutschen brauchte. Abgesehen davon, dass die im Zeitalter des Merkantilismus staatlich geförderte Industrialisierung tatsächlich nirgends derartig weitgehende Unterstützung zeigt, wie in Polen, so würde dies, selbst wenn Herr Flierl recht hätte, doch die Pflicht der Dankbarkeit nicht ausschliessen. Es ist aber auch nicht richtig, dass man in dem damaligen Polen die Deutschen brauchte. Man brauchte eine eigene Industrie im Lande, und es ist umsomehr anzuerkennen und zeugt von der zu allen Zeiten bewiesenen Deutschfreundlichkeit der Polen, dass sie, als sie ihre eigene autonome polnische Regierung hatten, das Geschäft mit den Deutschen machten, nicht mit den Hol-

ländern, wie Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz, oder mit den Franzosen, wie die badischen Markgrafen, von anderen geschichtlichen Beweisen abgesehen.

Herr Flierl sage mir einen einzigen Fall, wo die russische Regierung die deutsche Einwanderung nach Polen gefördert hat. Mir ist davon nie etwas bekannt geworden, und ich glaube doch die Verhältnisse in Polen aus den Erfahrungen von vier Generationen zu kennen. Es mutet etwas sonderbar an, die Schule als das beste, das ein Volk im Fremdlande besitzt, preisen zu hören von jemandem, der eben noch vor dem Ostmarkenverein eine Verbeugung gemacht und die müssigen Gedanken und überflüssigen Vorschläge dieser Körperschaft als „von beachtenswerter Seite herstammend“ bezeichnet hat.

Es sei unter den polnischen Deutschen fast allgemeiner Grundsatz, dass die Deutschen im Lande Polen sich nur deshalb ein Jahrhundert hindurch als Deutsche erhalten konnten, weil die russische Regierung in kritischen Stunden oftmals kräftig für sie eintrat, meint Herr Flierl. Es ist dies eine von ausserhalb nach Polen importierte Ansicht, die im Deutschen Reiche unter dem Einfluss der von Bismarck eingeleiteten russischen Orientierung, im Sinne einer ewigen deutsch-russischen Freundschaft, gebildet worden ist. Diese Ansicht, die durch die Erfahrungen des Weltkriegs als gänzlich falsch nachgewiesen worden ist und dem Gesamtdeutschtum eine grausame Enttäuschung und unsäglichen, auch materiellen Schaden gebracht hat, wurde manchmal auch in Polen von Leuten, die die Dinge aus der Perspektive des beschränkten Untertanenverstandes zu betrachten gewohnt waren, kritiklos nachgeleiert. Für die Zwecke der früheren aussenpolitischen Orientierung in Deutschland wurde sie für nützlich angesehen, für uns Deutsche in Polen, die wir auf ein verträgliches Zusammenleben mit den Polen angewiesen sind, war sie jedenfalls sehr schädlich, weil sie in der Realität unserer Lage in Polen ganz und gar nicht begründet war,

und uns unseren polnischen Mitbürgern gegenüber mit dem Odium der Bedrückung des Polentums behaftete. Wenn Herr Flierl sich über Unfreundlichkeiten beklagt, die die polnischen Deutschen angeblich während des Krieges erdulden mussten, so vergesse er nicht, dass diese Unfreundlichkeiten Kindereien waren im Vergleich zu dem, was die Auslandsdeutschen in England, Frankreich, Belgien, Russland usw. zu tragen hatten. Diese angeblichen Unfreundlichkeiten waren schliesslich nichts anderes, wie Rückwirkungen Bülowscher Regierungsregie, die nach den Gesetzen der internationalen Akustik unfehlbar eintreten mussten. Dagegen gibt es übrigens für die Zukunft ein unfehlbares Mittel: hörbares Abrücken vom alldeutschen Demagogentum.

Das alldeutsche Demagogentum muss irgend ein besonderes Interesse daran haben, die sprichwörtliche und allen Alteingesessenen wohl vertraute polnische Duldsamkeit in nationaler und religiöser Hinsicht zu vertuschen. Soviel ich begreife, soll damit in den Augen der Welt die bekannte alldeutsche Unduldsamkeit gewissermassen als berechtigt hingestellt werden. Weshalb aber Herr Flierl und seine Kreise dieses Treiben mitmachen, ist mir unerklärlich. Abgesehen davon, dass hier die Wahrheit viel zu klar zu Tage liegt, haben wir polnischen Deutschen auch ein sehr wesentliches Interesse daran, dass die alten polnischen Traditionen in dieser Richtung weiterleben; wir brauchen also nur darüber zu wachen, dass nicht durch das Hineinspielen alldeutscher Unsitten unser Verhältnis zu den Polen getrübt wird und dass wir in keiner Weise an der schweren Bürde, die das alldeutsche Demagogentum durch seine Sünden und Fehler angehäuft hat, mit zu tragen haben. Es ist Herrn Flierl in dieser Beziehung ein ausserordentlich bezeichnender und die ganze Sachlage eigenartig aber auch recht hell beleuchtender Widerspruch unterlaufen. Auf Seite 259 (1. Spalte) seines Aufsatzes kommentiert Herr Flierl meine Erklärung, dass die frühere polnische Regierung und später

die polnische Gesellschaft in nationaler und sprachlicher Hinsicht auf die deutschen Einwanderer nie einen Druck ausgeübt haben, durch die Bemerkung: „Wenn es so gewesen wäre oder wenigstens heute so wäre, wir würden alles Zurückliegende gern vergessen". Auf Seite 260 (2. Spalte) aber sagt Herr Flierl: „die Deutschen (in Polen) erwarten von ihm (dem polnischen Staat) eine Berücksichtigung ihrer Wünsche . . . . mit einem Wort, die Gestaltung der Möglichkeit, dass sie so w i e b i s h e r auch weiter ihre deutsche Art bewahren können." Dieses „w i e b i s h e r", womit Herr Flierl seine erste Bemerkung vollständig über den Haufen wirft, spricht Bände und zeigt in greller Beleuchtung die nackte Wahrheit! Auf Seite 259 hat Herr Flierl etwas, sagen wir: Unrichtiges, behauptet, auf Seite 260 aber kam der ehrliche, ursprüngliche Mensch zu Worte.

Herr Flierl meint, die Łódźer Deutschen empfinden es als Unfreundlichkeit, wenn ihnen immer wieder vorgehalten wird, dass sie als Hungerleider in das Land gelangt und hier aber zu Besitz und Ansehen gekommen sind. Der Volksmund sage, sie kamen in Holzpantoffeln und sitzen im Fett. Nun, Volksstimme ist Gottes Stimme! Dass die Łódźer Deutschen in Holzpantoffeln nach Polen gekommen sind, ist übrigens, von einer ganzen Reihe von Ausnahmen abgesehen, buchstäblich wahr. Aber kein Verständiger wird zugeben, dass darin eine Unfreundlichkeit zu erkennen wäre, im Gegenteil, mir scheint darin eine gewisse Anerkennung zum Ausdruck zu kommen. Die Łódźer Fabrikanten, die durch ihren arbeitsamen Fleiss und Umsicht es aus sehr kleinen Anfängen so weit gebracht haben, dürfen gewiss stolz sein darauf, dass sie „selfmademan" sind und können sich etwas darauf zugute tun, dass ihre Vorfahren noch Holzpantoffeln getragen haben. Nur Parvenüs und Leute ohne geistiges Niveau schämen sich der Armut ihrer Ahnen, und so sind die Łódźer deutschen Fabrikanten doch wohl nicht. Solche Eigenschaften unterstellt ihnen aber Herr Flierl, wenn er

derartiges schreibt. Dass aber solche Reminiszenzen, die Parvenüs so peinlich sind, immer wieder aufgefrischt werden, rührt von der Agitation der alldeutschen Demagogen her, die für ihre Zwecke im Deutschen Reiche die Darstellung brauchen, als hätten die Deutschen im angeblich deutschen Gesamtinteresse in Polen eine besondere Mission erfüllt, und dass ihrer besonderen Verdienste halber Polen annektiert oder zu einer Scheinselbständigkeit herabgedrückt werden müsse. Abgesehen davon, dass diese Darstellung der historischen Wahrheit zuwiderläuft, entspricht sie auch ganz und gar nicht den wirtschaftlichen Interessen der polnischen Deutschen. Die Łódźer Parvenüs, falls es wirklich solche geben sollte, mögen sich also bei den alldeutschen Demagogen und bei denen, die in Łódź ihre Geschäfte wahrnehmen, bedanken, wenn ihnen peinliche Reminiszenzen aus längst vergangenen Tagen immer wieder aufgewärmt werden.

Meine Zahlenangaben über die Deutschen in Polen waren dem Neuen Hausfreund, Evangelisch-Lutherischer Volkskalender für das Jahr 1917, herausgegeben im Auftrage des evangelisch lutherischen Konsistoriums in Warschau, entnommen (Seite 148). Dort kann Herr Flierl sie nachlesen. Das dürfte doch wohl eine zuverlässigere Quelle sein, wie das von Herrn Flierl genannte Wochenblatt. Meine Angaben über die Zahl der polonisierten Deutschen waren geschätzt und dürften eher zu klein wie zu gross sein. Es ist übrigens müssig, darüber zu streiten. Man warte die nächste Volkszählung in Polen ab.

Die These, dass nicht die Pastoren die Gemeinden, sondern die Gemeinden die Pastoren polonisieren, kommt Herrn Flierl unmöglich vor. Wenn er aber mehr Zeit und Mühe darauf verwendet hätte, die tatsächlichen Bedingungen unserer Lage in Polen kennen zu lernen, als auf die Lektüre der alldeutschen Schriften, so müsste er zu der gleichen Auffassung gelangen. Es ist fast bei allen evangelischen Gemeinden in Polen der Fall,

dass die Oberschicht ganz polnisch ist, die Mittelschicht zum mindesten polnisch empfindet. Abgesehen davon, dass diese Kreise die meiste Last zum Unterhalt der Gemeinden tragen, bilden sie auch den Verkehr der Pastoren. Auf diese Kreise muss der Pastor Rücksicht nehmen, ob er will oder nicht. Unsere Pastoren sind Produkte der Verhältnisse, der Umgebung, eines zwingenden Entwicklungsprozesses. Im Uebrigen wüsste ich keinen Stand in der ganzen Welt, der sich mit ruhigerer Zuversicht auf das Bibelwort berufen könnte: „an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“. Sie brauchen nur auf das blühende und innige kirchliche Leben in ihren Gemeinden hinzuweisen, um zu beweisen, dass ihr Weg der richtige ist. Entschieden abzulehnen sind deshalb die Versuche mancher Kirchenlichter, die uns in ihren Presseaufsätzen und Brochüren durchaus ihre bewährten Kirchenentleerungsmethoden aufdrängen wollen. Die evangelische Kirche in Polen kann nur c h r i s t l i c h sein, sie „völkisch“ umzugestalten, heisst, ihr das Grab schaufeln. Eben darum steht sie kirchlich und religiös so erfreulich da, weil unsere Pastoren nur den reinen Wein der evangelischen Wahrheit verschenken und keinen „völkischen“ Fusel dazwischen mischen.

Dass die Proklamation des Königreichs Polen den polnischen Deutschen überraschend gekommen ist, mag auf subalterne Kreise zutreffen. Die politisch reifen und intellektuellen Kreise des polnischen Deutschtums haben sie erwartet, herbeigewünscht und seit Jahrzehnten vorausgesehen.

Soviel ich es bis jetzt beurteilen kann, geht das Bestreben des Herrn Flierl und seiner Gesinnungsgenossen dahin, uns ganz in die alldeutschen Ideengänge zu verstricken. Schon die ausgibige Verwendung der alldeutschen Jargonausdrücke weist darauf hin und auch der Umstand, dass einer der importierten Führer dieser Kreise auf der Berliner Gauversammlung des alldeutschen Verbandes die Donationsgüter in Polen der gütigsten Beachtung der alldeutschen Instinkte em-

pfohlen hat, ist deutlich. Diese Kreise vergessen aber, dass wenn wir auch gute Deutsche sind, die ihrem Volkstum und ihrer evangelischen Religion treu anhängen, wir doch in mancher Hinsicht einen besonderen Typ des Deutschtums darstellen. Wir sind Produkte der der deutschen und polnischen Kultur (eben deshalb sind wir auch zu Vermittlern zwischen dem Polentum und dem Deutschtum berufen und von dem Schicksal dazu bestimmt), sind seit Generationen in Polen verankert und hängen mit tausend Banden geschichtlichen Erlebens mit dem polnischen Land zusammen. Eben diese Doppelart unseres Wesens ist unsere stärkste Waffe im wirtschaftlichen Daseinskampf im Osten und in ihr ruhen die Wurzeln unserer starken wirtschaftlichen Position in Polen. Jeder, der in einer gleichen Umgebung und unter ähnlichen Bedingungen aufgewachsen ist, weiss den grossen Nutzen dieser Eigenschaften zu schätzen und diese Zugehörigkeit zu zwei Kulturen ist ihm die Quelle eines erhöhten, doppelten Lebensgenusses. Die polnische Kultur ist zwar hinsichtlich der technischen Organisation, der Kollektivdisziplin, der inneren Geschlossenheit, der Verstandesübung nicht so weit entwickelt, wie die deutsche, aber es ist grundfalsch, von der polnischen Kultur zu sagen, sie sei niedrig. Sie weist z. B. zwei Zweige auf, die ohne Zweifel höher entwickelt sind, wie in manchen anderen Ländern. Ich meine die Kultur der Lebensformen und die Kultur des Herzenstaktes. Sie wird deshalb gerade auf höher gebildete Menschen stets eine starke Anziehungskraft ausüben und kann uns polnischen Deutschen, die wir in der glücklichen Lage waren, in dieser Beziehung aus der polnischen Kultur schöpfen zu können, einen, wie ich bereits bemerkt habe, höheren Grad des Lebensglückes, der Daseinsfreude gewähren.

Wenn Herr Flierl und die ihm nahestehenden Kreise das Deutschtum in Polen in seiner Art erhalten und pflegen wollen, so ist dagegen absolut nichts einzuwenden. Solche Absichten sind zu begrüssen und

müssen von dem polnischen Staat, genau wie ehemals, im eigenen Interesse dieses Staates, unterstützt und gefördert werden, selbstverständlich so lange sie nicht mit den gefährlichen und verwerflichen Mitteln der gegenseitigen Völkerverhetzung und Völkerherabsetzung unternommen werden. Aber es ist falsch uud für die polnischen Deutschen ausserordentlich schädlich, mit den alldeutschen Demagogen ein Bündnis zu schliessen, so zu tun, als ob das Deutschtum in Polen je von den Polen bekämpft worden sei, und dem polnischen Staat, der sich in den Geburtswehen befindet, den alldeutschen Demagogen zu Gefallen, in seiner schwersten Stunde Knüttel zwischen die Beine zu werfen.

Zivilingenieur L. K. Fiedler.

Pressestimmen.

Deutsche Presse.

In der „Deutschen Presse" ergreift das Wort Herr **Wilhelm v. Massow,** als Vorkämpfer der antipolnischen Politik in Preussen, aber auch als Verfasser einer dem Entstehen eines polnischen Staates nicht feindlich gesinnten Broschüre („Wie steht es mit Polen?") bekannt, um die gegenwärtigen „Zustände in Polen" zu beleuchten. Der Aufsatz ist umso bemerkenswerter, als der hervorragende Verfasser über jeden Verdacht der Begünstigung der Polen erhaben ist.

Hier der Ideengang der interessanten Ausführungen:

„Heute gehört es in vielen politischen Kreisen fast zum guten Ton, von den Zuständen in Polen in der absprechendsten Weise zu reden, als ob es sich um eine gänzlich verfahrene und verlorene Sache handelte. Um so ernster tritt an jeden, der sich in langen Jahren bemüht hat, in diese Verhältnisse einen Einblick zu gewinnen, die Frage heran, ob unseren vaterländischen Interessen mit solchen Schilderungen, die in der Regel mehr Stimmungsausbrüche und -Eindrücke als Urteile sind, gedient ist, und ob sie nicht bei denen, die nicht nachprüfen können, mehr Schaden stiften, als einiges darunter an geeigneter Stelle vielleicht in Gestalt einer heilsamen Warnung nützt. Wüsste man nicht aus unzähligen Erfahrungen, wie unbekannt Polen den meisten unserer Landsleute ist, so müsste man vor allem darüber erstaunt sein, was für merkwürdige Erwartungen an die Entwicklung der Dinge in Polen geknüpft worden sind.

Fürst Bismarck hat oft bemerkt, dass er es seiner früheren Beschäftigung als Landmann und Jäger verdanke, wenn er, der ungestüme Tatenmensch mit dem leidenschaftlichen Temperament, das vorsichtige Kommenlassen des rechten Augenblicks, das geduldige Warten in der Politik gelernt habe. Die ganze Staatskunst früherer Zeit hatte allerdings viel von der Tätigkeit des Landwirts und Jägers an sich und, — was die Hauptsache war —, je mehr sie davon hatte, desto erfolgreicher war sie. Es war der Hauptvorzug der vielbewunderten englischen Staatskunst in ihrer Blütezeit, und die kühlrechnenden, gelassen abwartenden, im rechten Augenblick fest und rasch zufassenden Angelsachsen haben bis auf den heutigen Tag noch viel davon bewahrt; sonst wären sie jetzt schon längst am Ende."

„Hier kommen wir nun auf den kritischen Punkt. Liegt die Politik, die wir mit der Wiederherstellung des polnischen Staates begonnen haben, wirklich im deutschen Interesse? In dem Teil unserer Presse, der der Politik des Reichskanzlers in abfälliger Kritik gegenübersteht, kann man bei jeder Gelegenheit gallenbittere Bemerkungen über unsere Befreierrolle in Polen lesen, Klagen über den „Undank" der Polen, die unser selbstloses Geschenk, die kostbare Gabe der Unabhängigkeit, nur mit Ueberhebung, schlecht verhaltenem Hass, ja Geringschätzung, und mit immer unbescheidener werdenden Ansprüchen beantworten. Die daraus entstandenen Verhältnisse in dem besetzten Polen werden dabei mit sehr lebhaften Farben ausgemalt.

„Für jeden, der die Welt kennt — noch dazu die politische Welt und nun gar erst Polen — bedeutet das alles keine Ueberraschung. Unter dem Durchschnitt des Offizierkorps und der Beamtenschaft, die während eines Krieges in besetztem Gebiet zu tun haben, wird es immer und überall eine grosse Zahl geben, die nach dem Bilde, das sie sich in der Phantasie von einer solchen Lage zurecht gemacht haben, ihre Erwartungen in der Wirklichkeit nicht erfüllt finden." „Alle diese Erfahrungen und Eindrücke wandern in Gestalt von weniger feldgrau als vielmehr aschgrau gefärbten Stimmungsberichten schriftlich und mündlich über die deutsche Grenze in die Heimat. Hier aber folgt ihnen erst die rechte, von ihren Urhebern oft garnicht gewollte, politische Wirkung. Sie fallen wie Funken in dürres Reisig. Denn — wir wollen uns doch nichts vormachen: gerade die Kreise, die der Mehrheit unseres Offizierkorps und unserer Beamtenschaft am nächsten stehen, die politisch konservativen Kreise, spannen ja förmlich auf den Augenblick, wo sie hören, dass es drüben in Polen nicht klappt, weil sie von vornherein überzeugt gewesen sind, dass die Befreiung Polens ein falscher und mindestens übereilter Schritt war, und nun natürlich in subjektiv berechtigter Besorgnis vor den Folgen eine möglichst baldige und gründliche Bestätigung ihrer Ansicht für nützlich und im allgemeinen Interesse liegend erachten. Leider aber bildet sich auf diese Weise

zwischen den Eindrücken, die im besetzten Gebiet empfangen werden, und den Stimmungen in der Heimat eine Wechselwirkung, die in recht verdriesslicher, ja hier und da sogar unheilvoller Weise eine sachgemässe Verständigung über die deutschen Interessen in Polen hindert und den Männern, die dort in schwerer Mühewaltung eine ungemein verwickelte und scheinbar undankbare Aufgabe zu erfüllen haben, die Arbeit erschwert."

„Natürlich haben sie sehr verschiedene Wirkungskreise und müssen sich in Erfüllung ihrer amtlichen Pflichten, die ungewöhnlich verwickelter Art sind, sehr verschiedener Mittel und Methoden bedienen. Jedenfalls geht das nicht nach dem einfachen Schema, das sich manche ihrer Kritiker zurechtgelegt haben, die sich einbilden, es komme nur darauf an, mit Sicherheit und Eleganz die Pose des Siegers und des Herrn im Lande zu bewahren. Es wird niemals zu vermeiden sein, dass hier und da Fehler gemacht werden, anderseits aber auch, dass die daraus entstehende Kritik gelegentlich ungerechtfertigt wird. Uebermässig empfindlich soll man da nicht sein, aber es ist doch tief zu bedauern, wenn gegenüber einer so wichtigen Aufgabe die Verständnislosigkeit der heimatlichen Kritik direkte Hemmungen und Rückschritte schafft Wer nicht etwa grundsätzlich in diesen Dingen den Gesichtskreis eines tüchtigen Feldwebels für den allein richtigen hält, wird bei näherer Kenntnis und gleichzeitigem Ueberblick den Vorwurf der Schwäche und der Erfolglosigkeit des deutschen Regiments in Polen unmöglich aufrecht erhalten können.

„Doch nun zurück zu der Hauptfrage: Weshalb haben wir Polen befreit? Wirklich nur, weil wir, wie es in vielen unserer Blätter zu lesen ist, das Bedürfnis hatten, eine gute Tat zu tun und im Gegensatz zu den Sünden der Entente unsere Tugend vor der Welt im hellen Licht erstrahlen zu lassen? Ich fürchte, das glaubt uns in der ganzen Welt kein Mensch." „Am allerwenigsten die Polen selbst. Sie sind überzeugt, dass, wenn wir ihnen die Wiederherstellung ihres Vaterlandes versprochen haben, wir das taten, weil wir mit dieser Lösung am besten unsern eigenen Interessen zu dienen glaubten. Und sie haben recht, das anzunehmen, denn so ist es wirklich. Das Versprechen verliert für die Polen durch diese Erkenntnis nicht an Wert, sondern gewinnt an Sicherheit der Erfüllung. Gewiss aber wird die ganze Sache dadurch aus dem Bereich der Gefühlspolitik herausgehoben, und das ist ein Vorteil für beide Teile."

„Aber hier tritt eine andere Reihe von Erwägungen in ihr Recht. Wer sich über die Schwierigkeiten ärgert, die dem deutschen Wirken in Polen bereitet werden und daraus Nachteile für unsere deutsche Sache im Osten fürchtet, sollte sich einmal ernsthaft die Fragen vorlegen, ob ihm überhaupt irgend eine andere Lösung denkbar erscheint, die uns über diese Nachteile hinweghilft. Denn das polnische Volk ist doch nun einmal da und bleibt ein unabänderlicher Faktor in der Rechnung. Ich habe noch niemand gefunden, der mir

auf die soeben erwähnte Frage eine befriedigende Antwort gegeben hat, denn — dass muss jeder Vernünftige einsehen, — blosse Klagen über das, was uns an Land und Leuten in Polen nicht gefällt, sind in dieser Beziehung wertlos und führen zu nichts. Sagen wir doch ganz ehrlich: eine Quelle reiner Freude werden die Verhältnisse im Osten für uns niemals werden; daher fragt es sich nur, welche von allen möglichen Lösungen für uns das kleinste Uebel darstellt. Ich glaube nicht, dass die so gestellte Frage anders beantwortet werden kann, als es die verbündeten Kaiserreiche am 5. November 1916 getan haben.

„Aus solchen Tatsachen muss man dann aber auch die notwendigen Folgerungen ziehen. Die Kritik pflegt ja schliesslich zuzugeben, dass die Wiederherstellung Polens möglicherweise die relativ beste Lösung sein könne, aber fast allgemein wird bemängelt, dass mit der Verkündigung nicht länger gewartet worden sei. Auch hier sind Gegenfragen am Platze: Worauf wollte man warten? Was hätte man durch die Verzögerung gebessert? Es ist an dieser Stelle nicht möglich, auf diese Fragen näher einzugehen, nur sei darauf hingewiesen, dass der Irrtum, wir hätten übereilt gehandelt, wohl hauptsächlich auf die weitverbreitete Meinung zurückzuführen ist, die damalige russische Regierung sei zu einem Sonderfrieden bereit gewesen und durch das Manifest vom 5. November davon abgebracht worden. Aber diese Behauptung gehört in das Reich der Fabel, woran auch die Sicherheit, mit der sie immer wiederholt wird, nichts ändert. Im übrigen möge man sich klar machen, dass es unsere Lage in Polen gewiss nicht erleichtert oder bequemer gestaltet hätte, wenn zuerst die Friedensnote Wilsons und dann die russische Revolution gekommen wären, bevor wir und unsere Verbündeten zu der Frage der Zukunft Polens Stellung genommen hatten. Wer sich durchaus nicht entschliessen kann, den Vorsprung, den wir mit unserer Erklärung gewonnen, unserer Regierung als Verdienst anzurechnen, der mag es einen glücklichen Zufall nennen; das tut in diesem Fall nichts zur Sache. Und vielleicht wird später auch noch einmal klar, warum das, was bisher vornehmlich als Unstimmigkeit in dieser ganzen Angelegenheit gelten musste und das November-Manifest nach aussen hin vielen als Uebereilung erscheinen liess, nicht vermieden werden konnte, nämlich das Fehlen einer bestimmten Auseinandersetzung mit Oesterreich-Ungarn über alle Einzelfragen. Auf der Grundlage aller dieser Erwägungen wird man, wenn auch vielleicht nicht zur vollen Zustimmung zu allem, was geschehen ist, so doch zu einer ruhigeren Auffassung der Lage in Polen gelangen.“

„Sehr genaue Kenner versichern, dass die Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Russland immer entschiedener werde, dagegen die Einsicht von der Notwendigkeit eines Anschlusses an Deutschland immer mehr durchbreche, beides auch bei denen, die ihr Herz im Grunde mehr zum slawischen Brüderchen im Osten als

zu Deutschland zieht. Das mag richtig sein, aber wir werden gut tun, es ruhig und vorsichtig abzuwarten. Dieselbe Ruhe mögen wir aber auch bewahren, wenn wir die Aeusserungen von Hass und Misstrauen, die uns gelegentlich aus polnischen Stimmen des Königreichs entgegentönen, und die Stimmungen, die wir in einzelnen Unberechenbarkeiten und Seitensprüngen des polnischen Wesens zu erkennen glauben, ihrem Wert und ihrer dauernden Wirkung nach einschätzen wollen. Was für heftige Meinungsverschiedenheiten gibt es auch bei uns, und wie würde das Bild manchmal aussehen, wenn wir das polnische Temperament hätten! Schliesslich kommt es doch darauf an, worin die Polen ihren Vorteil haben. Dementsprechend werden sie handeln. Um demgegenüber unsern eigenen Vorteil zu wahren, brauchen wir statt der heftig zufahrenden Nervosität, die von Manchem empfohlen wird, — die genaue Kenntnis der Verhältnisse und eine sich darauf stützende ruhige Festigkeit. Dann wird es mit der Zeit schon gehen.“

✱✱✱✱ Vom Büchertisch. ✱✱✱✱

Stanisław Posner: La Pologne d'hier et de demain. .(Das gegenwärtige und zukünftige Polen), mit einer Einführung von Georges Renard, Professor am Collège de France. Paris, Verlag Felix Alcan.

Der Verfasser, ein hervorragender Rechtsgelehrter und Publizist, gehört zu jenen Schriftstellern, die, wenn auch nicht deutschfreundlich gesinnt, keineswegs aber Polens Zukunft an Russland knüpfen wollen. Sein Buch soll eben den Beweis erbringen, dass ein in seinen natürlichen Grenzen wiederhergestellter polnischer Staat in jeder, sowohl ökonomischer, wie in politischer und kultureller Hinsicht, lebensfähig ist und der russischen Patronanz nicht bedarf. Damit aber die Beweisführung überzeugend wirke, appelliert Posner nicht an das Gefühl des Lesers, sondern an seinen Verstand, operiert mit Tatsachen, Zahlen und Daten, enthält sich jeder Schönfärberei und überlässt es dem Leser, sich selbständig auf Grund des angeführten Tatsachenmaterials ein Urteil zu bilden. Freilich gewinnt sein Buch durch diese Methode einen mehr informativen Charakter. Aber nicht für die Polen, sondern für das französische Publikum war die 120 Seiten zählende Broschüre bestimmt und diesen ihren Zweck erfüllt sie vorzüglich, dazumal sie stilistisch einwandfrei und an manchen Stellen geradezu glänzend geschrieben ist.

Das Buch Posners ist eine Sammlung von Vorträgen, die der Verfasser in der École des Hautes Etudes Sociales in Paris gehalten, später entsprechend umgearbeitet und erweitert herausgegeben hat. Dies erklärt auch die Dispositionsmängel des

Buches. Die drei Abschnitte der Schrift: die wirtschaftliche Autonomie Polens (S. 1-34), die Befreiunnskämpfe (S. 84-78), das politische Leben in Polen vor dem Kriege (S. 78-117) sind nicht in — sondern nebeneinander gearbeitet, wodurch manchmal der leitende Gedanke und der Hauptzweck der Broschüre verdunkelt wird. Abgesehen aber von diesen, wenn auch wichtigen, aber doch nur formellen Fehlern, wird der französische Leser manches ihm völlig Unbekanntes erfahren und sich dadurch sein bisheriges Urteil über das Polenproblem korrigieren können.

Der Verfasser geht von dem Grundsatze aus, dass die geographische Lage den Charakter und die Geschichte des das Land bewohnenden Volkes mitbestimmt. Der Charakter des polnischen Volkes konnte durch die künstliche Teilung Polens, die nicht nur gegen das polnische Volk, sondern auch gegen das Gesetz der Natur, der Geologie und Geographie vorgenommen wurde, nicht geändert und die historische Rolle des polnischen, zentral als Damm gegen Ost und West gelegenen Staates nicht straflos unterbrochen werden Die Wiederherstellung des polnischen Staates ist somit nicht nur eine historisch-politische sondern eine geradezu geographische Notwendigkeit. Fragt man aber, ob Polen die wirtschaftlichen Vorbedingungen für seine Unabhängigkeit hat, so genügt es auf die unermesslichen Schätze, auf die Eisen-, Zink-, Blei- und Kohlenlager, auf die Salz- und Naphtagruben, auf die Mineralquellen und Kurorte Polens hinzuweisen, um jeden diesbezüglichen Zweifel zu bannen. Die Entwicklung der Industrie in den ehemals der polnischen Republik gehörenden Provinzen Preussens, der rapide Aufschwung solcher Industriezentren wie Łódź, Częstochowa, Dąbrowa, Sosnowice usw. usw. in Kongress-Polen, beweisen doch, welche Lebenskraft Polen in ökonomischer Hinsicht besitzt. Nun wollen zwar manche diese Lebenskraft auf die Exportmöglichkeit der polnischen Industrie nach Russland zurückführen und sehen den völligen Ruin dieser Industrie im Falle der Bildung eines von Russland unabhängigen Polenstaates voraus, doch zerstreut Posner diese Bedenken durch den Hinweis auf die Anpassungsfähigkeit der polnischen Industrie an die neuen Verhältnisse (wie dies doch auch in Elsass-Lothringen nach dem Jahre 1870 der Fall war), auf die Erschliessung des polnischen Innenmarktes, sowie auf den Umstand, dass trotzdem Russland durch allerlei künstliche Mittel, die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Industrie zu unterbinden, dagegen die einheimische, russische Industrie durch alle erdenklichen Mittel zu fördern trachtete, — der russische Markt war also keineswegs ein „Paradies" — dennoch immer Łódź über Moskau den Sieg davontrug . . . Würde aber die Weichsel, die gleichsam das „lebende Herz des Landes" bildet, zu einer grossen Handelsarterie Polens werden, wie sie es ja schon zur Zeit des Bestandes der Republik

Polen war, würde dieser Fluss, der mit all' seinen 21 Nebenflüssen eine Länge von 7700 Km, (wovon fast 5000 Km schiffbar sind), aufweist, als Wasserstrasse gehörig, — nicht wie es bisher unter österreichischer und russischer Herrschaft der Fall war, — ausgenützt werden, würde ferner der Polenstaat einen natürlichen Zugang zum Meere gewinnen, — Polen könnte getrost einer glücklichen auf einer gesicherten ökonomischen Unabhängigkeit fussenden Zukunft entgegensehen.

Polen würde aber auch seine Unabhängigkeit zu wahren wissen. Hat es doch seit der ersten Teilung durch Ströme Blutes bewiesen, wie hoch es die Freiheit einschätzt und dass es kein Opfer gescheut, die politische Freiheit, wenn auch vergebens, zurückzugewinnen. Der Schilderung des Kampfes der Polen für ihre Unabhängigkeit ist das zweite Kapitel des Posnerschen Buches gewidmet. Dieses Kapitel bildet sowohl sachlich als auch literarisch den glänzendsten Teil der Arbeit. Eine überaus geistreiche und geschickte Zusammenstellung von im Originaltext wiedergegebenen Worten und Versprechungen der Teilungsmächte und der europäischen Diplomatie mit den nackten Tatsachen, deren eherner Gang sich gar nicht um die löblichsten Wünsche z. B. eines Napoleon (des dritten), oder eines Lord John Russel kümmerte, löst durch den Gegensatz eine geradezu dramatische Wirkung aus. Dank dieser Darstellungsweise lernt der Leser beispielsweise den Causalnexus zwischen den Teilungen Polens und der französischen Revolution kennen, versteht das Scheitern der napoleonischen Pläne, als Folge des unaufrichtigen Verhältnisses Napoleons zum Polenproblem, welches er bekanntlich den Hauptpfeiler des europäischen Gewölbes nannte, zu deuten, wird die schwankende Haltung Alexanders I. als Begleiterscheinung des psychologisch unmöglichen Zusammenlebens der Polen mit den Russen aufzufassen, oder endlich die Unterstützung, die Bismarck im Jahre 1863 Russland angedeihen liess, als ein die preussischen Siege der Jahre 1864, 1866 und 1870 vorbereitendes Mittel zu werten wissen. Der Leser wird aber auch in der Anteilnahme der Polen an allen Freiheitskämpfen des Jahres 1848, sei es in Oesterreich, Deutschland oder Ungarn, sei es an den Befreiungskriegen, die Italien mit Unterstützung Napoleons III gegen Oesterreich führte, einen unwiderleglichen Beweis erblicken, dass das polnische Volk trotz der politischen Ohnmacht, zu der es für lange Zeit verurteilt zu sein schien, den Unabhängigkeitsgedanken nie fallen liess und jede Gelegenheit ergriff, um mit Waffengewalt sich seine politische Unabhängigkeit zu erkämpfen.

Dass aber Polen trotz des unglücklichen Ausganges des letzten Freiheitskampfes im Jahre 1863 seine Individualität zu wahren und die nationale Kultur unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen zu entwickeln vermochte, beweist Posner im letzten Abschnitte seiner Broschüre. Und da muss man es schon dem Verfasser als

grosses Verdienst anrechnen, dass er bei der Schilderung der Zustände in Preussen nicht in den deutschfresserischen Ton verfiel und die polnisch-russischen Verhältnisse nicht in einem milden Lichte darzustellen suchte, wiewohl dies beim französischen Publikum die beste Einführung wäre. Man braucht nur vergleichsweise die Lobeshymnen, die Prof. Renard (auf S. VI. seiner „Einführung" in das Buch Posners) zu Ehren des Zaren Nikolaus II. (!) anstimmt, nachzulesen, um eine Vorstellung davon zu haben, wie verheerend die Kriegspsychose auf Gemüt und Verstand in Frankreich wirkt. Posner wusste sich von dieser Psychose frei zu halten. Das Wüten Murawiews in Litauen, wo er jede Spur polnischer Kulturarbeit mit Stumpf und Stiel durch Torturen und Schaffott auszurotten trachtete; der Kampf eines Apuchtin und Hurko gegen die polnische Sprache und das polnische Schulwesen in Kongress-Polen, die Verfolgung des Katholizismus, (trotz des Toleranzediktes und der „Konstitutionellen Aera") als eines Hortes der polnisch-lateinischen Kultur ist so wahrheitsgetreu dargestellt, dass der französische Leser sich seines bisherigen Bundesgenossen an der Newa wird schämen müssen. Wenn aber trotz aller Verfolgungen die Polen ihre nationale Eigenart, ihre Sprache und Kultur ungetrübt erhalten und ihre geistige Unabhängigkeit bewahren konnten, so ist die beste Gewähr für die harrende Zukunft. Dr. Edmund Parnes.

NOTIZEN

Politisches.

Fürst Lubomirski bei Kaiser Karl. Die Warschauer Zeitung „Kurjer Polski" berichtet, dass der Stadtpräsident von Warschau, Fürst Zdzisław Lubomirski, in Reichenau bei Wien in Audienz empfangen worden ist. Die Audienz dauerte über eine Stunde. In Wien hatte der Fürst eine Reihe von Konferenzen mit bekannten politischen Persönlichkeiten, u. a. mit Graf Czernin.

Das nationale Zentrum. Der in Berlin weilende Mitbegründer des nationalen Zentrums in Polen, Graf Ronikier, hatte eine Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung". Ronikier erklärte u. a.: „Ich bin nach Deutschland gekommen, um mich mit den massgebenden Persönlichkeiten auszusprechen und zwar im Auftrage des nationalen Zentrums. Ich war bereits in Budapest und Wien. Weil das deutsche Zentrum in mancher Hinsicht Berührungspunkte mit dem polnischen nationalen Zentrum hat, halte ich es für wichtig genug, mit den Führern des deutschen Zentrums zu verhandeln. Das polnische nationale Zentrum steht auf dem

Standpunkt, dass die Aufgabe der Schaffung des unabhängigen Königreiches Polen nur im Zusammenschluss mit den Mittelmächten gelöst werden kann. Daher hat das polnische nationale Zentrum sich folgende drei politische Aufgaben gestellt: die Schaffung einer konstitutionellen Monarchie in Polen, die Schaffung einer polnischen Regierung unn die Schaffung einer polnischen Armee auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht. Die Armee soll noch in diesem Kriege ins Feld gestellt werden. Das nationale Zentrum setzt sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen. . Von den heute noch dem Staatsrat angehörenden 16 Räten sind 11 Anhänger des nationalen Zentrums. Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem zum letzten Male Gelegenheit gegeben ist, die polnische Regierung zu schaffen. Sobald das geschehen sein wird, haben wir sofort 90 Prozent der heute noch skeptisch Fernstehenden für uns gewonnen. Ronikier versicherte, er habe der deutschen Regierung erklärt, das nationale Zentrum stehe offen und unumwunden auf dem Standpunkt eines Bündnisses mit den Mittelmächten. Dieser Standpunkt müsse jedoch nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte mit sich bringen. Auf seinem Wege müsse das nationale Zentrum nicht nur mit den wachsenden republikanischen Strömungen in der eigenen Nation, sondern auch mit zahlreichen Hindernissen infolge der Okkupationsverhältnisse kämpfen. Das einzige Mittel drohender Gefahr entgegenzutreten, sei die rasche Realisierung des Aktes vom 5. November. Das nationale Zentrum stehe auf dem Standpunkt, dass die polnische Armee an der Abwehr gegen Russland teilnehmen müsse, und dass die zukünftige polnische Regierung als erste Aufgabe dies zu erfüllen und im gesetzlichen und organisatorischen Sinne zu verwirklichen habe.

Kultur.

Die Opfertätigkeit für Polen. Bis zum 20. Juli sind auf der ganzen Erdoberfläche zu Gunsten Polens 17 237 504 schweizerische Franken gesammelt worden. Nicht mitgerechnet sind die Beträge, die das Erzbischöfliche Komitee in Posen und das Fürstbischöfliche Komitee in Krakau gesammelt haben; mit diesen zusammen würde die gesammelte Summe ca. 20 Millionen betragen.

Wirtschaftliches.

Abgelehnte Niederlassung deutsch-polnischer Banken im Okkupationsgebiet. Wie vor kurzem gemeldet wurde, beabsichtigten zwei Posener Banken: Bank Związku Spółek Zarobkowych und Bank Handlowy ihre Finanzoperationen auf das Königreich Polen auszudehnen. Wie wir nun aus Warschau erfahren, hat die zuständige Behörde die Eingabe der erwähnten Banken abschlägig beschieden.

Ein staatliches Kohlenmonopol für Polen. Aus den Kreisen der Gesellschaft der Industriellen des Königreich Polen wird ein Antrag

auf Uebernahme der verschiedenen ausländischen Unternehmungen im polnischen Kohlenbergbau durch das polnische Staatswesen vorbereitet. Die Verstaatlichung dieser Gruben wird sich zurzeit leicht durchführen lassen, da die überwiegende Mehrzahl derselben unter Zwangsverwaltung steht. Gegenwärtig verfügt über die gesamten in Polen gewonnenen sowie eingeführten Kohlenmengen der Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau.

Die Lebensmittelversorgung Polens. Die an der Lebensmittelversorgung des Landes beteiligten Körperschaften haben in Verein mit den Okkupationsbehörden folgende Organisationsmassnahmen zwecks Ankauf und Verteilung von Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Rüben beschlossen:

Die Okkupationsbehörden garantieren, dass die zur Ernährung der Bevölkerung dienenden Lebensmittel, mit Ausnahme einer gewissen, in genauen Ziffern zum voraus bestimmten Menge, aus dem Lande nicht ausgeführt, sondern zur Deckung des Bedarfs der Landesbevölkerung dienen werden. Der Betrieb mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird ganz unter polnische Kontrolle gestellt und die Vermahlung des Getreides wird nach Möglichkeit im Lande selbst ausgeführt werden. Die Differenz zwischen den Einkaufs- und Verkaufspreisen soll aufs Minimum beschränkt sein, bei gleichzeitiger energischer Bekämpfung von Schmuggel und Wucher. Ausserdem werden Schritte unternommen, um aus der österreichischen Okkupation 4000 Wagen Getreide zu erhalten, was die Erhöhung der Norm um 30—40% ermöglichen würde.

Die angeführten Leitsätze sind auf Grund einer Reihe statistischer Berechnungen getroffen und seitens der Okkupationsbehörden schriftlich bestätigt worden.

Der Landwirtschaftsrat im österreichisch-ungarischen Okkupationsgebiet. Der Generalgouverneur Szeptycki genehmigte den Entwurf der Organisation des Landeswirtschaftsrates für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet. Dieser Rat besteht aus 28 Mitgliedern, und zwar stellen der Verband der Gutsbesitzer in Lublin 4 Vertreter, die landwirtschaftlichen Bauernvereine 4, das Haupt-Rettungskomitee 3, der Verband der Konsumvereine in Lublin 2 und je 1 Vertreter der Rat der Fachverbände in Lublin, die Arbeiterorganisation in Dąbrowa, der Verein der Industriellen in Lublin, die Polnische Landwirtschaftliche Zentrale, die Präsidien der Städte Lublin, Kielce, Radom, Piotrkow, Dąbrowa und die Handelszentrale in Radom. Der Militär-Generalgouverneur delegiert zum Landeswirtschaftsrat zwei Regierungskommissare. Der Landeswirtschaftsrat ist dazu berufen:

1. dem Militär-Generalgouvernement Anträge vorzulegen, welche die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und die Verwertung der Bodenfrüchte zum Zwecke haben;

2. das M. G. G. in Angelegenheiten zu beraten, welche die landwirtschaftliche Produktion betreffen;

3. die Verordnungen in Sachen der landwirtschaftlichen Produktion durchzuführen durch Leitung und Beaufsichtigung derjenigen Organe, denen die Eintreibung und die Verteilung der Bodenfrüchte anvertraut wurde.

Der Wirkungskreis des Landeswirtschaftsrats umfasst auch die landwirtschaftliche Industrie. Die Beschlüsse des Landeswirtschaftsrats bilden die Grundlage der Verordnungen des M. G. G. in Sachen der Lebensmittelversorgung. Die gesetzlichen Verordnungen betreffs der Festsetzung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte, des eigenen Bedarfs der Produzenten sowie der Anzahl der auf jede Person täglich entfallenden Lebensmittel werden nur nach Anhörung des Landeswirtschaftsrats erlassen. Die Beschlüsse des Landeswirtschaftsrates haben bindende Kraft in Angelegenheiten:

1. des Umsatzes des gemahlenen Mehles,

2. der Verproviantierung der Bevölkerung,

3. der Aufsicht über den gesamten Umsatz der Feldfrüchte, besonders bei Erforschung der Fälle des verbotenen Handels und Schmuggels,

4. in Angelegenheiten, welche der M. G. G. dem Landeswirtschaftsrat von Fall zu Fall überweisen wird.

Das ausführende Organ des Landeswirtschaftsrates ist der Ausführende Ausschuss, der aus acht Mitgliedern besteht. Vier Mitglieder wählt der Landeswirtschaftsrat aus seiner Mitte, vier delegiert der Generalgouverneur. Behufs Eintreibung und Verteilung der Vorräte an Bodenfrüchten werden drei Zentralen gebildet und zwar die Polnische Getreide-Zentrale, die Polnische Landwirtschaftliche Zentrale für Hülsenfrüchte und Saatkorn verschiedener Art und die Polnische Futterzentrale.

Die Emigration aus Warschau. Warschauer Zeitungen berichten, dass täglich ca. 700 Personen Warschau verlassen, meistens ärmere Schichten, die hoffen, in der Provinz reichlichere Lebensmittel finden zu können.

Die Polnische Landes-Darlehnskasse in Łódź. Im Laufe dieses Monats erfolgt in Łódź die Eröffnung einer Filiale der Polnischen Landes-Darlehnskasse.

Kupfergewinnung in Polen. Die kürzlich in Angriff genommenen Arbeiten zum Zweck einer planmässigen Ausbeute der im Gouvernement Kielce vorhandenen Blei- und Kupferlager sind unter der tatkräftigen Unterstützung der österreichischen Okkupationsbehörde so weit gediehen, dass mit einer rationellen Ausnützung der genannten Erze in der Gegend von Miedzianka, Łysa-Góra und Olkusz bereits begonnen werden konnte. Das Vorkommen von Kupfer in

der erwähnten Gegend war von jeher bekannt, doch wurden die Erzlager zur Zeit der russischen Herrschaft systematisch vernachlässigt, da Russland seine ganze Aufmerksamkeit der Ausbeute dieser Metalle im Ural und Kaukasus zuwandte.

Die Sicherheit der polnischen Landes-Darlehnskassenscheine. In dem Amtsblatt des' Warschauer General-Gouvernements Nr. 129 teilt das Warschauer Polizeipräsidium mit, dass dem Herrn Kronmarschall nachstehende Erklärung des deutschen Reichskanzlers übergeben worden ist:

Auf Grund der Ermächtigung zur Uebernahme von Garantien für das Deutsche Reich aus § 2 Absatz c des Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1916 vom 9. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. 1916, Seite 471), erkläre ich:

Gemäss der Verordnung Nummer 222 vom 9 Dezember 1916 des Kaiserlich Deutschen Generalgouverneurs in Warschau (Verordnungsblatt für das Generalgouvernement Warschau Nummer 57 vom 18. Dezember 1916 Seite 95) gibt die „Polnische Landes-Darlehnskasse" in Warschau Landes-Darlehnskassenscheine aus, die auf polnische Mark lauten. Das Deutsche Reich hat die Garantie dafür, dass diese Landes-Darlehnskassenscheine bei ihrer Einziehung zum Nennwert gegen deutsche Reichsmark eingelöst werden, bedingungslos übernommen.

Berlin, den 26. Juni 1917.

Der Reichskanzler
L. S. von Bethmann Hollweg.

Schutzkomitee für Industrie und Gewerbe im k. u. k. Okkupationsgebiet. Um der einheimischen Industrie und dem Gewerbe, die in Polen unter dem Kriege sehr gelitten haben, raschestens Förderung angedeihen zu lassen, wird ein technisches Schutzkomitee für Industrie und Gewerbe des österreichischen Okkupationsgebietes errichtet. Die Aufgaben des Komitees bestehen in der Aufsicht über industrielle uud gewerbliche Betriebe, in der Besorgung von Aufträgen der Militärverwaltung für sie, in der Erleichterung ihrer Erzeugungsmöglichkeiten, der Sicherung ihrer Entwicklung und schliesslich in der Förderung von Handelsbeziehungen zwischen Polen und Oesterreich-Ungarn. Es ist auch die Gründung eines eigenen Fachblattes in Aussicht genommen.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42.